Sitzungsvorlage Nr. V/2011/0422

Zuständig: Fachbereich Bildung, Kultur, Sport
Verfasser: Dr. Margret Karras

STADT AHAUS
DER BÜRGERMEISTER

Ahaus, 30.08.2011

Beratungsfolge

Rat	**13.09.2011**	**TOP: 10.1**	**öffentlich**

Beratungsgegenstand

Umbenennung von Straßennamen mit nationalsozialistischem Hintergrund in Ahaus

Beschlussvorschlag

Der Rat lehnt die Anregung der Partei Die Linke, Ortsverband Ahaus, vom 29. August 2011 ab und beauftragt die Verwaltung, den Rat zu gegebener Zeit über Empfehlungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum Umgang mit umstrittenen Straßennamen zu informieren.

Sachdarstellung

Die Partei Die Linke, Ortsverband Ahaus, regt mit Schreiben vom 29. August 2011 die Umbenennung der Hindenburgallee und der Wagenfeldstraße an, da diese Namen Personen ehren, die einerseits die Machtergreifung Hitlers ermöglichten und förderten andererseits rassistisches Gedankengut in heimatkundlichen Schriften verbreiteten.

Am 11. April 1933 hatte der Rat der Stadt Ahaus beschlossen, die bisherige Allee in Hindenburgallee umzubenennen zur „Bekundung des nationalen Aufbauwillens“. Gleichzeitig wurden die Bahnhofstraße in Adolf-Hitler-Straße und die Parallelstraße in Hermann-Göring-Straße umbenannt. Während die beiden letztgenannten Straßen auf Verordnung Bürgermeisters Ridder am 12. April 1945 mit sofortiger Wirkung den alten Namen zurückerhielten, wurde der Name Hindenburgallee beibehalten. Darüber hinaus wurden jedoch gleichzeitig die ebenfalls während der nationalsozialistischen Herrschaft vergebenen Namen Horst-Wessel-Platz, Schlageter-Platz und Franz-Seldte-Straße in Rathausplatz, Marienplatz und (Wilhelm-)Vagedesstraße umbenannt.

Am 14.02.1958 beschloss der Rat der Stadt Ahaus einstimmig im Josefsviertel den Namen Karl-Wagenfeld-Straße zu vergeben. Die Verkürzung auf Wagenfeld-Straße folgt dem Beschluss des Rates vom 27.03.1972, wonach bei Straßennamen nach Personen alle Vornamen weggekürzt wurden.

Während direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs überall Straßennamen mit ganz offensichtlichem nationalsozialistischen Hintergrund (z.B. Hitler, Göring) beseitigt wurden, haben sich in vielen Orten Straßennamen nach Personen erhalten, die sich aufgrund ihrer politischen Tätigkeit in der Weimarer Republik (Paul von Hindenburg) oder ihres heimatkundlichen Gedankengutes, in dem nationalsozialistische, rassistische und antisemitische Tendenzen und Ansichten niedergeschrieben sind (Karl Wagenfeld) in die Nähe nationalsozialistischer Täter verorten lassen. Durch neuere wissenschaftliche und historische Forschungen und intensiver Auseinandersetzung mit dem Wirken und des Nachwirkens der genannten Personen (und vieler anderer), ist der Blick der Öffentlichkeit auf Straßen- und Gebäudebenennungen gefallen, die nun kontrovers diskutiert, teilweise bewusst erhalten, teilweise aber auch bewusst geändert werden. Die Vielzahl unterschiedlicher Standpunkte und Entscheidungen und die emotionalen Reaktionen zeigen, dass eine umfassende Darstellung der historischen Fakten und eine sachliche Diskussion mit den be-

troffenen Anwohnerinnen und Anwohner der genannten Straßen unumgängliche Voraussetzung für eine politische Entscheidung sind.

Am 12. Juli 2011 fand auf Einladung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ein Seminar zu dieser Problematik in Münster statt, an dem auch eine Vertreterin der Stadtverwaltung teilgenommen hat. Herr Dr. Wolfgang Kirsch, Direktor des Landschaftsverbandes, kündigte eine Empfehlung an die betroffenen Städte und Gemeinde für den Umgang mit umstrittenen Straßennamen an.

Daher empfiehlt die Verwaltung zunächst die Empfehlung des Landschaftsverbandes abzuwarten.

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Anlagen

Anlage 01 Antrag der Partei Die Linke, Ortsverband Ahaus vom 29.08.2011